mie, Apostasie und diverse andere „Verbrechen“. Raif Badawi hatte 2008 das Onlineforum Free Saudi Liberals gegründet. Er wagte es, Frauenrechte einzufordern. Er wagte es, die Gleichwertigkeit aller Religionen zu betonen – und zu schreiben, dass auch Atheismus seine Daseinsberechtigung hat. Kürzlich wurde vor Auslaufen der zehnjährigen Haftstrafe gegen ihn (und jetzt sogar seine Frau, Ensaf Haidar) ein neues Strafverfahren wegen „Aufwiegelung der öffentlichen Meinung“ und „Beschädigung der Reputation des Königreichs“ eingeleitet.

Proteste seit 2015

Seit Jänner 2015 protestieren wöchentlich Grüne und Zivilgesellschaft vor dem Zentrum in Wien (bzw. covidbedingt virtuell) für die Freilassung von Raif Badawi und allen politischen Gefangenen sowie für positive Veränderungen in Saudiarabien. Auch die Co-Autorin dieses Artikels nahm an zahlreichen der bisher 324 Mahnwachen teil. Als Vizepräsidentin des Europaparlaments war sie aktiv daran beteiligt, dass es 2015 gelang, Raif Badawi den Sacharow-Preis für Gedankenfreiheit des Europäischen Parlaments zu verleihen, den seine im kanadischen Exil lebende Frau entgegennahm.

Raif Badawi wurde, wie auch sein ebenfalls inhaftierter Anwalt, Waleed Abulkhair, Jahre vor der brutalen Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi zum Symbol all jener, die von dem ölreichen Saudiarabien die Einhaltung grundlegender Menschenrechte einfordern. Mit dem rascheren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen wäre es dem Westen leichter, alle erdöl- und erdgasreichen Regime wegen Menschenrechtsverletzungen und mangelnder Rechtsstaatlichkeit stärker unter Druck zu setzen.

In der österreichischen Innenpolitik wurde die Kritik am Schweigen des KAICIID erst nach dem brutalen Mord an dem Journalisten Jamal Kashoggi im Jahr 2018 breiter aufgegriffen. Ein kürzlich von der neuen US-Regierung unter Joe Biden veröffentlichter Bericht der CIA geht davon aus, dass der Auftrag dafür vom Thronfolger und eigentlichen Machthaber, Prinz Salman, erteilt wurde.

2019 beschloss der Nationalrat mit großer Mehrheit, das Außenamt möge das Übereinkommen mit dem KAICIID aufkündigen. Im türkis-grünen Regierungsabkommen wurde für eine einjährige Reformphase nicht nur die Erweiterung des Mitgliederkreises sowie eine Anbindung an die UNO, sondern auch eine „umfassende Anwendung des Artikels II des Gründungsvertrags des KAICIID“ gefordert, in dem es unter anderem heißt: „Die Ziele des Zentrums bestehen darin, . . . die Achtung, das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen den Menschen zu fördern, Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung zu fördern und einem Missbrauch der Religion zur Rechtfertigung für Unterdrückung, Gewalt und Konflikte entgegenzuwirken.“ Die Umsetzung dieser Ziele würde nicht nur die öffentliche Verurteilung der geschilderten Menschenrechtsverletzungen durch das KAICIID erfordern, sondern auch der grundsätzlich menschenrechtsverachtenden Ausrichtung des milliardenschweren Herrscherhauses, das Frauen (auch des eigenen Hauses) und Untertanen in massiver Unfreiheit hält und ausländische Arbeitskräfte zu menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutet.

Keine Forderung erfüllt

Keine der drei Reformforderungen sind vom KAICIID bisher erfüllt worden. Das Ende des Amtssitzabkommens ist nun die logische Konsequenz davon, denn es scheint, dass der politische Wille zu umfassenden Reformen in Riad nicht vorhanden ist. Wohl deshalb beteiligen sich bisher auch nicht mehr Staaten am KAICIID, sie wollen nicht als Unterstützer eines brutalen Regimes in Verruf geraten – eines Regimes, dem das Dialogzentrum offenbar nur der Imagepflege dient. Eine neue Bleibe für das Zentrum – etwa in Genf – ist noch nicht gefunden, auch dort kündigen sich schon Proteste an.

Warum steigt das Außenministerium nun nicht ganz aus dem KAICIID aus? Es werde noch versucht, so heißt es, eine stärkere Anbindung an die UNO zu erreichen und mehr (zahlende) Mitglieder zu finden. Ein frommer Wunsch, wenn keine ernsthafte Bereitschaft zu einem friedlichen und gleichberechtigten Nebeneinander von Religionen, zu Rechtsstaatlichkeit und zur Achtung der Menschenrechte besteht.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DIE AUTOREN

Ulrike Lunacek (*1957) war viele Jahre lang politisch für die Grünen tätig, zuletzt als Kultur-Staatssekretärin. Heute ist sie u. a. Vorstandsmitglied im 2021 gegründeten Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte (www.humanrights.at).

Hannes Tretter (*1951) ist Jurist, Menschenrechtsexperte und Vorstandsvorsitzender des Forums.

[Forum für Demokratie u. Menschenrechte, C. Fabry]

QUERGESCHRIEBEN

VON ANDREA SCHURIAN

Wenn aus der Führungsspanne eine Führungspanne wird

Nein, es zeugt nicht von allzu viel Fingerspitzengefühl, wenn das KHM just in diesen geldknappen Coronazeiten einen hoch dotierten Spitzenposten erfindet.

Es gibt wohl nicht arg viele Betriebe, die derzeit Geld für nigelnagelneu geschaffene Toppositionen erübrigen. Das Kunsthistorische Museum Wien schon. Da wird ein der Generaldirektorin Sabine Haag direkt unterstellter Neochef (m/w/*) für Sammlungen und Forschung installiert und lohngruppenmäßig buchstäblich 1a bezahlt: Laut Kollektiv- bzw. Tarifvertrag des KHM-Museumsverbands winken mindestens 90.000 Euro brutto jährlich, bei „konkreter Qualifikation, adäquater Berufserfahrung und zeitlichen Mehrleistungen“ (Ausschreibungstext) auch eine Überzahlung (zum Vergleich: Für einen vakanten Kuratorenposten ist jährlich nicht einmal halb so viel vorgesehen). Addiert man jedenfalls zu den 90.000 die Gagen von Haag (mehr als 300.000 Euro) und ihrem kaufmännischen Direktor (mehr als 200.000 Euro) kostet die Troika jährlich 600.000 Euro Mininum – damit müssen kleinere Kulturinstitutionen mehrere Jahre wirtschaften.

> Kulturmanager, die kein persönliches Risiko tragen, beziehen auch bei geschlossenen Häusern ihr volles Gehalt.

Oder tritt Haag nicht nur einen Teil ihrer Arbeit, sondern eh auch einen Teil ihres Lohns ab? Allzu viel Geldüberschüsse dürften im KHM derzeit nämlich nicht kursieren. „Die Coronakrise hat dem Kunsthistorischen Museum schwer zugesetzt, und die Folgen der Museumsschließung im Frühjahr sowie der Einbruch der Tourismuszahlen stellen uns jetzt vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen“, heißt es in einem Bettelbrief: „Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende, damit wir Ihnen auch weiterhin ein facettenreiches Programm und ein authentisches Erlebnis vor unseren einzigartigen Originalen bieten können.“ Dass für Praktikanten angeblich das Budget fehlt, sorgt für Unmut unter KHM-Mitarbeitern, den die Direktorin im „Standard“-Gespräch ziemlich flapsig beiseitewischt: „Wenn jemand unmutig sein will, dann kann ich das nicht ändern.“ Doch Überheblichkeit ist unangebracht. Zahlreiche Betriebe stehen vor dem Ruin oder sind schon pleite, viele Menschen sind arbeitslos, freischaffende Künstlerinnen und Künstler haben zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Kulturmanager aber, die kein persönliches Risiko tragen, beziehen auch bei geschlossenen Häusern ihr volles Gehalt.

Tatsächlich liegen harte Zeiten hinter und vermutlich auch noch vor den Museen: Besucherzahlen im freien Fall, fehlende Touristen, drastische Einnahmeneinbrüche. Bis Ende 2021 bleibt daher die Umsatzsteuer auf fünf Prozent abgesenkt. Zur Abfederung der Millionenverluste gab es bis zum Sommer 2020 für die Bundesmuseen zehn Millionen Euro extra, im November wurden von der Regierung noch einmal 13,1 Millionen Euro ausbezahlt, allein das KHM erhielt neben der jährlichen Basisabgeltung von mehr als 23 Millionen Euro zusätzlich 6,4 Millionen Euro aus dem Covid-Krisenbewältigungsfonds. Trotzdem schickten die Museen Hunderte Mitarbeiter (erstaunlicherweise nie welche in Topjobs) in Kurzarbeit. Auch Blockbuster-Ausstellungen mit internationalen Leihgaben wurden abgesagt oder verschoben. Letzteres ist aber eh sehr erfreulich, weil nun das Publikum endlich einen Bruchteil dessen zu sehen bekommt, was im Lauf der Jahre mit Steuer- (und Sponsoren-)geldern angekauft wurde und welche Schenkungen bzw. Dauerleihgaben an die jeweiligen Häuser gebunden werden konnten.

Haag möchte sich künftig übrigens verstärkt der Sponsorenakquise widmen. „Sicherer Umgang mit Sponsoren, Förderern und Drittmittelgeber*innen (Deutsch und Englisch)“ steht auch in der (auf der KHM-Website nachzulesenden) Ausschreibung. Wie überhaupt das Anforderungsprofil für die neu geschaffene Leitungsfunktion eigentlich wie eine Job-Description für die KHM-Generaldirektion klingt. Nein, entgegnete Haag den „Standard“-Kollegen, sie wolle sich nicht selbst abschaffen, sondern nur ihre „Führungsspanne“ verkleinern. Aha. Hoffentlich muss, um den neuen Job zu finanzieren, kein „s“ eingespart werden. Sonst wird aus der Führungsspanne unversehens eine Führungspanne.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zur Autorin:
Dr. Andrea Schurian ist freie Journalistin. Die ehemalige ORF-Moderatorin („Kunst-Stücke“, „ZiB-Kultur“) gestaltete zahlreiche filmische Künstlerporträts und leitete zuletzt neun Jahre das Kulturressort der Tageszeitung „Der Standard“. Seit Jänner 2018 ist sie Chefredakteurin der jüdischen Zeitschrift „NU“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Karl-Peter Schwarz

je 100.000 Einwohner hätten wir bereits 80.000 Coronatote zu verzeichnen . . .! Sehr bedenklich stimmt einen die Übersterblichkeit in Österreich auf jeden Fall, vor allem im Vergleich zu Schweden mit seinen sanfteren Maßnahmen, welche die Bürger und die Wirtschaft weniger einschränken.
Mag. Reinhard Papp, 2231 Strasshof

Absurder geht's kaum

Zum „Tatort“ vom 14. 5., „Die Amme“, im ORF
Spannende und gleichzeitig lebensnahe, halbwegs logische und gute Krimidrehbücher zu schreiben ist eine seltene Kunst, die vom Drehbucherfinder des gestrigen „Tatorts“ leider nicht beherrscht wird. So muss denn ein cracksüchtiger, geistig umnachteter Undercover-Ermittler herhalten, der sich – aus welch kranken Gründen auch immer – als Frau verkleidet, um kleine Buben zu entführen und sie zu Tode zu bringen. Absurder geht's kaum.
Robert Wayand, 2514 Möllersdorf

Das Zauberwort heißt Verantwortung

„Wie sich der isolierte Bashar al-Assad an die Macht klammert“ von Thomas Seibert, 10. 3.
Verantwortung heißt das Zauberwort – aber der Begriff geht mehr und mehr verloren. Jetzt will man den syrischen Machthaber weiterhin stützen, nicht stürzen. Und die EU soll den Aufbau des zerstörten Landes unterstützen. Die eigentlichen Zerstörer aber entziehen sich elegant der Verantwortung. Geht das denn? Wäre es nicht angebracht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die eigentlichen Zerstörer dazu zu bringen, ihren Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten? Und da kann man neben Russland auch den Iran nicht ausnehmen. Ein kluger Mann meinte, lassen wir den autoritären Staaten ihre Systeme, aber fordern wir beinharte Mitverantwortung.

Die inzwischen unzähligen fast sinnlos erscheinenden Genf-Verhandlungen sollte man beenden, Klartext reden und die für die Konferenzen aufzuwendenden Kosten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern einsetzen.
Hans Nothnagl, 6791 St. Gallenkirch

Verweis auf Bedeutung Helmut Zenkers

„Der Filmer, der in Wien ermittelte“ von Thomas Kramar, 13. 3.
Bei aller Trauer und Bestürzung über den plötzlichen Tod Peter Patzaks hat der Autor dieses Nachrufs zurechtgerückt, was – bei aller Wertschätzung Patzaks – in nahezu allen Print-Nachrufen vernachlässigt worden ist: die Bedeutung der schöpferischen Kraft und des anarchistischen Einfallsreichtums des Schriftstellers und Drehbuchautors Helmut Zenker deutlich herauszustreichen. Und das trifft nicht nur auf den „Kottan“ zu, sondern vor allem auch auf Zenkers Roman „Kassbach“, dessen Verfilmung leider oft nur in Verbindung mit dem Namen des Regisseurs genannt wurde und wird.
Helmuth Dimko, 1190 Wien

Lehren aus dem Schicksal Hongkongs ziehen

„Das Schicksal Hongkongs ist besiegelt“ von Fabian Kretschmer, 12. 3.
Die demokratische Welt, von der sich China abschottet, hat wohl das Ende einer Demokratie miterlebt. Taiwan steht an vorderster Front, wenn es um Bedrohungen durch China geht, und wir wissen seit Langem: Die Errungenschaften, die wir bei unserem Demokratisierungsprozess hart erkämpft haben, können durch autoritäre Mächte sehr schnell verloren gehen. Wir demokratischen Länder müssen für unsere gemeinsamen Werte kämpfen und Maßnahmen ergreifen, um die Demokratie zu verteidigen oder sogar zu retten, bevor es zu spät ist.

Deswegen ist es ein richtiger Schritt, wenn die EU Chinas „Patriotengesetz“ für Hongkong scharf kritisiert. Auch das österreichische Außenministerium zeigt seine Solidarität für Hongkong, indem es in einem Tweet die Haltung der EU unterstützt und fordert, dass Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden muss. Darüber hinaus plant die EU Sanktionen gegen China wegen der Unterdrückung der uigurischen Minderheit. Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden innerhalb Europas – im Gegensatz zu China – großgeschrieben. Demokratische Länder haben nun die Aufgabe, ihre Lehren aus dem Schicksal Hongkongs zu ziehen.
Katharine Chang, Taipei Wirtschafts- und Kulturbüro in Österreich, 1220 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.